



Oldenburg, 28. November 2012

Gemeinsame Pressemitteilung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Gruppe Linke/Piratenpartei sowie CDU/FW-BFO zu den Presseerklärungen der Landkreise Friesland, Wesermarsch und Wittmund sowie der Stadt Wilhelmshaven

Bahnumgehung: Fraktionen weisen die Kritik des Oberbürgermeisters der Stadt Wilhelmshaven und der Landräte in Wittmund, Friesland und der Wesermarsch zurück

Die Vorteile und Chancen einer Bahnumgehung um Oldenburg, auch für die Entwicklung unserer Region, müssen erkannt werden. Die vorgebrachten Annahmen sind unzutreffend und verstellen den Blick auf die tatsächlichen Möglichkeiten.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Gruppen CDU/FW-BFO und Linke/Piratenpartei haben die Kritik Wilhelmshavens und der Landkreise Friesland, Wesermarsch und Wittmund entschieden zurückgewiesen. "Die erheblichen Vorteile und Chancen einer Bahnumgehung auch und gerade für den Jade-Weser-Port und die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region müssen sachlich erörtert werden", forderten die den, mit großer Mehrheit erfolgten Ratsbeschluss tragenden politischen Gruppierungen.

Güterverkehr gehöre auf die Schiene, nicht auf die Straße.

Zur Akzeptanz dieser von allen gesellschaftlichen Gruppen getragenen Einsicht ist ein leistungsfähiges Schienennetz erforderlich. Das sind „Hochleistungsstrassen“, auf denen hohe Geschwindigkeiten gefahren werden können und die städtische Durchfahrten, vor allem durch Bahnhöfe, vermeiden. Auf solchen Strecken können bis zu 300 Güterzüge pro Tag gefahren werden.

Eine Hochleistungsstrecke ist nur bei Umfahrung Oldenburgs vorstellbar. Nur so können die Gütertransporte von und zum Jadeweserport sachgerecht bewältigt werden.

Die von einigen Kommunalvertretern geäußerte Kritik an dem Beschluss der Stadt Oldenburg ist sachlich falsch. Sie erkennt nicht, dass der Bau einer Umgehungstrasse keine erheblichen Behinderungen des laufenden Verkehrs während der mehrjährigen Bauzeit verursacht. Die an der Strecke Varel-Rastede aufgetretenen Probleme durch monatelangen Schienenersatzverkehr entfallen mit dem Bau einer Umgehungstrasse. Denn der Personen- und der Güterverkehr würde auf der Bestandsstrecke während der gesamten Bauzeit einer Umgehung unbehindert bleiben. Dagegen wäre ein Ausbau der Bestandsstrecke mit aufwändigen Unter- bzw Überführungsbauwerken in Ofenerdiek, in der Alexanderstraße und der Stedingerstraße ein Bau „unter rollendem Rad“ mit jahrelangen Streckensperrungen und Behinderungen.

Politisch ist die Forderung der Umgehungstrasse in mehrfacher Hinsicht geboten: Zum einen sind wir es den Oldenburger Bürgerinnen und Bürgern schuldig, dass sich diese nicht

dauerhaft durch den zunehmenden Zugverkehr auf der Bestandsstrecke einer Lärmbelastung aussetzen müssen, die auch bei bestem Lärmschutz gesundheitsgefährdend bleibt. Städtebaulich lassen sich Auswirkungen von erheblichem, negativem Gewicht vermeiden. Und auch im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Region ist eine Bahnumgehung eine optimale Lösung über die einmal in Ruhe miteinander gesprochen werden sollte.

gez. Alexandra Reith (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen)

gez. Sebastian Beer (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen)

gez. Olaf Klaukien (CDU-Fraktion)

gez. Manfred Drieling (Fraktion FW-BFO)

gez. Hans-Henning Adler (Linksfraktion)

gez. Jan-Martin Meyer (Piratenpartei)